www.laender-analysen.de/russland

LÄNDER–ANALYSEN



Nr. 488 | 29.10.2026

Russland-Analysen

Politische Eliten
Kriegsverbrechen

ANALYSE
Eine neue bürokratische Elite? 2
Stephen Fortescue (University of New South Wales, Sydney)

ANALYSE
Gouverneure in Kriegszeiten: Wie der Krieg die regionale Führung in Russland neu umformt 5
Ekaterina Paustyan (Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS), Regensburg)

ANALYSE
Die fortschreitende Verkrustung des Systems 9
Andrei Yakovlev (Freie Universität Berlin)

UMFRAGEN
Vertrauen in Institutionen 13
Einstellung zur Beendigung des Krieges gegen die Ukraine 14

DOKUMENTATION
Unabhängige Internationale Untersuchungskommission der Vereinten Nationen zur Ukraine: Ermittler stellen fest, dass Russland Kriegsverbrechen begangen hat, indem es Zivilisten ins Visier genommen hat 15

CHRONIK
Hinweis auf die Online-Chronik 16

Aufgrund der PHP-Sicherheitslücke finden Sie die aktuellen Ausgaben der Länder-Analysen derzeit nur bei
https://dgo-online.org/publikationen/laenderanalysen/

Ältere Ausgaben sind bei der Bundeszentrale für politische Bildung archiviert:
https://www.bpb.de/themen/europa/russland-analysen/

Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde | Deutsches Polen-Institut | Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen | Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien | Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung | Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH

DGO Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. · DEUTSCHES POLEN INSTITUT · Forschungsstelle Osteuropa · IAMO Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien · IOS · ZOiS Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien Centre for East European and International Studies

ANALYSE

Eine neue bürokratische Elite?

Stephen Fortescue (University of New South Wales, Sydney)

DOI: 10.31205/RA.488.01

Zusammenfassung

Mit Bezug auf Spekulationen über die Entstehung einer neuen Elite in Russland unter den Bedingungen von Krieg und Sanktionen, die mit Militarisierung, Repression und neuen politischen Herausforderungen einhergehen, bewertet der vorliegende Beitrag Anzeichen für einen solchen Elitewechsel in der nationalen Regierung. Die bisherige Forschung beschreibt eine hinsichtlich Bildung und Berufserfahrung »professionelle« Verwaltung, eine begrenzte Präsenz von Vertretern aus Militär und Geheimdienst (»Silowiki«) sowie ein geringes Ausmaß an persönlichen Verbindungen bei Ernennungen und begrenzte Korruption. Mit der möglichen Ausnahme der Korruption – die Verhaftung von Ministerialbeamten aufgrund von Bestechungsvorwürfen ist mittlerweile keine Seltenheit mehr – gibt es keine Anzeichen dafür, dass sich die Situation grundlegend geändert hat. Die Zahl der Personalwechsel nimmt allerdings zu, da es schwieriger wird, Personal zu finden, das in der Lage ist, die neuen politischen Herausforderungen zu bewältigen. Dabei geht es aber eher um Positionswechsel als um grundlegenden Elitenwechsel.

Einleitung

Es gab in letzter Zeit zahlreiche Spekulationen über tiefgreifende Veränderungen der russischen Eliten, wobei verschiedene Triebkräfte für einen solchen Wandel genannt wurden. Einige Kommentatoren konzentrieren sich auf den Generationswechsel, der von Putins »Herrschaft der Alten« blockiert wird, so dass »verlorene Generationen« entstehen (Pertsev 2024). Große Aufmerksamkeit erhält der Aufstieg der sogenannten Silowiki, der Vertreter der Zwangs- und Repressionsorgane wie Militär und Geheimdienst, mit ihrem aggressiven Ansatz in der Innen- und Außenpolitik. Eine neue Form ihres Aufstiegs ist die lautstark präsentierte Kampagne zum Aufbau einer neuen Elite um die »Helden«-Veteranen des Krieges gegen die Ukraine. Andere weisen auf die stetig zunehmenden Verhaftungen wegen Korruption hin, am spektakulärsten im Verteidigungsministerium, die nicht nur Angst unter den aktuellen Eliten erzeugen, sondern auch freie Positionen für die Rekrutierung einer neuen Art von Beamten schaffen.

Im vorliegenden Beitrag werden diese Entwicklungen für die Regierungsverwaltung untersucht (im Sinne der eigentlichen nationalen Regierung ohne die Präsidialverwaltung). Die Analyse konzentriert sich auf stellvertretende Minister und Abteilungsleiter und tut dies vor dem Hintergrund einer umfangreichen Literatur, die mit beachtlichem Konsens folgende Einschätzungen bietet: ein hohes Maß an Professionalität, das sich in Ausbildung und Berufserfahrung widerspiegelt; eine begrenzte Präsenz von »Silowiki«, die nicht als Versuch einer Machtübernahme erklärt werden muss; die sichtbare, aber nicht dominierende Rolle persönlicher Beziehungen bei Personalentscheidungen; sowie begrenzte Anzeichen für Korruption (dazu ausführlicher Fortescue 2025 und 2026b, Borshchevskii 2026). Zu beachten ist, dass die meisten dieser Studien sich auf offizielle Biografien stützen, die durchaus mehr verbergen als offenlegen könnten. Um über diese hinauszugehen, muss man sich auf inoffizielle, meist journalistische Quellen stützen, deren Zuverlässigkeit unterschiedlich ist und sehr kritischer Überprüfung bedarf, die aufgrund fehlender Informationen oft nicht möglich ist.

Gibt es vor diesem Hintergrund Anzeichen dafür, dass die bisherige Sichtweise von aktuellen Entwicklungen überholt wird, da der Druck des Krieges und der Sanktionen größer sind als erwartet? Unter diesen Umständen könnte zu den oben genannten Faktoren noch die Suche nach Amtsträgern hinzukommen, die unabhängig von ihrer Herkunft am besten geeignet sind, die neuen Herausforderungen zu bewältigen.

Ein aufschlussreiches Beispiel: Das Energieministerium

Aufgrund des begrenzten Zugangs zu aktuellen Informationen ist eine streng systematische und umfassende Analyse nicht mehr möglich. Die vorhandenen Daten deuten dennoch auf eine recht hohe Fluktuation hin. Ein gutes Beispiel ist das Energieministerium. (Zu anderen Ministerien siehe Fortescue 2026a.) Im Fall des Energieministeriums blieben von 18 hochrangigen Beamten im Jahr 2019 im Jahr 2026 sechs im Ministerium, vier davon in denselben Positionen; einer war in ein anderes Ministerium gewechselt; zwei in die staatliche Regionalverwaltung; sechs in die Wirtschaft (fünf in eng mit dem Ministerium verbundene Bereiche, während ein Fall unklar ist); zwei waren verhaftet worden; und über einen lagen keine Informationen vor.

Unter den Neubesetzungen in der Regierung gelten zwei Beamte als typisch »fachlich«. Roman Marschawin, der im November 2024 zum stellvertretenden Energie-

minister ernannt wurde, blickte auf einen abwechslungsreicheren Werdegang zurück. Der ausgebildete Wirtschaftswissenschaftler war zuvor im Außenministerium (in der Botschaft in Washington), bei der Zentralbank, in der Präsidialverwaltung und bei der Weltbank tätig gewesen und hatte bereits früher eine Station im Energieministerium absolviert. Im Juli 2024 wurde Denis Tjupyschew zum stellvertretenden Minister für wirtschaftliche Entwicklung ernannt. Nach seinen beruflichen Anfängen in den strategischen Planungsabteilungen der Regionalverwaltung von Archangelsk wechselte er 2017 zum Ministerium für wirtschaftliche Entwicklung.

Dass nicht alle Ernennungen so eindeutig zu bewerten sind, zeigen drei Fälle auf Abteilungsleiterebene im Energieministerium. Im Oktober 2024 wurde Artem Sinin zum Leiter der Abteilung für wirtschaftliche Sicherheit im Brennstoff- und Energiekomplex ernannt. Er ist Absolvent des Fallschirmjägerinstituts in Rjasan und der Militärakademie mit dem Schwerpunkt Militär- und Verwaltungsmanagement. Nach langjährigem Militärdienst bekleidete er bis zu seiner Ernennung im Ministerium Positionen im Bereich der wirtschaftlichen Sicherheit in Unternehmen. Er trat die Nachfolge von Anton Semejkin an, der ebenfalls einen Hintergrund im Bereich der wirtschaftlichen Sicherheit hatte und über Verbindungen zu den »Silowiki« verfügte (Fortescue 2026a, 43). Dieser Hintergrund scheint für die Position geeignet zu sein. Im Februar 2026 wurde Elena Tschurina zur Leiterin der Abteilung für den Kohlebergbau ernannt. Als Absolventin der Altai-Universität in den Fächern Mathematik und Finanzwesen war sie viele Jahre lang in Positionen im Bereich der Investitionspolitik in der Regionalverwaltung von Kemerowo tätig. Obwohl sie zuvor keine spezifischen Positionen im Bereich der Kohlepolitik innehatte, steht ihre Ernennung zweifellos im Zusammenhang mit ihrer Erfahrung in Kemerowo, Russlands wichtigster Kohleförderregion, sowie mit der Ernennung von Sergei Ziwilew, dem Gouverneur der Region, zum Minister. Wladimir Chasow wurde im April 2026 zum Leiter der Abteilung für internationale Zusammenarbeit ernannt. Er ist Absolvent der Marineakademie und war in den Ministerien für wirtschaftliche Entwicklung und Handel, für auswärtige Angelegenheiten sowie für Verteidigung tätig, bevor er zum Energieministerium wechselte. Möglicherweise verfügt er durch seine Verbindungen zu den »Silowiki« über Erfahrungen, die hilfreich sind, um in der undurchsichtigen Welt des Öl- und Gasverkaufs unter Sanktionen zu agieren.

Wesentliche Merkmale des Personalwechsels

Auch wenn diese drei Ernennungen ihre kleinen Eigenheiten haben, reichen sie nicht aus, um die allgemeine Einschätzung zu ändern. Die zivile Verwaltung zeichnet sich nach wie vor durch angemessene »fachliche« Qualifikationen aus und besteht weiterhin überwiegend aus Beamten mit langjähriger Dienstzeit in der Staatsverwaltung, die oft ihre gesamte Laufbahn im selben Ministerium verbracht haben. Es gibt zwar eine Präsenz von »Silowiki«, diese ist jedoch begrenzt und fachlich zu rechtfertigen; gleichzeitig gibt es keine Anzeichen für den Einstieg von »Helden« aus dem Krieg gegen die Ukraine.

Ich habe bereits zuvor die Vermutung geäußert, dass Ernennungen aufgrund persönlicher Kontakte eher durch den Wunsch eines hochrangigen Beamten erklärt werden können, ein Team zu bilden, auf dessen Kompetenz er oder sie aufgrund persönlicher Erfahrungen vertrauen kann, als durch eine halbkorrupte Praxis der »Postenvergabe an Freunde« (Fortescue 2020, 369). Das könnte durchaus auf die oben erwähnte Ernennung von Tschurina und andere ähnliche Ernennungen zutreffen. Sie wären dann Teil einer Fluktuation, die durch die dringende Notwendigkeit getrieben sein könnte, Beamte zu finden, die den besonderen Herausforderungen gewachsen sind, vor denen der Staat derzeit steht – wofür der oben genannte Fall Chasow ein Beispiel sein könnte.

Ich habe als typisches Beispiel bereits an anderer Stelle (siehe Fortescue 2026b, 168–170) die von Marat Chusnullin (stellvertretender Ministerpräsident für die Bauwirtschaft) in Gang gesetzten umfangreichen Personalwechsel zwischen dem zentralen Regierungsapparat und dem Bauministerium beschrieben, die dazu dienten, ein Team zusammen zu stellen, das den Wiederaufbau in den besetzten Gebieten vorantreiben (und finanzieren) kann.

Ähnliche Veränderungen gab es auch in der für die Automobilindustrie zuständigen Abteilung des Ministeriums für Industrie und Handel. Im September 2022 verließ Denis Pak, ein langjähriger Ministeriumsbeamter und seit 2017 Leiter der Abteilung für die Automobilindustrie, es, um die Leitung des Unternehmens »Avtotor« in Kaliningrad zu übernehmen, das Schwierigkeiten hatte, sich von der Montage von BMWs und später Hyundai und Kia auf die Zusammenarbeit mit chinesischen Herstellern umzustellen. Maxim Gorin, der zuvor in der Moskauer Stadtverwaltung für den Straßenverkehr zuständig gewesen war, galt als sicherer Nachfolger, doch letztendlich ging die Position an Igor Bojzow (eine Quelle berichtet ohne Details, dass Gorin von den Silowiki abgelehnt wurde). Bojzow verfügte über langjährige Erfahrung in der Leitung von Automobilwerken in Sankt Petersburg, darunter das Nissan-Werk (Nikitina 2023). Er blieb nur wenige Monate im Amt, bevor er zum Direktor des Moskwitsch-Werks in Moskau ernannt wurde. Sein Nachfolger wurde Tigran Pasadanjan, seit mindestens 2019 stellvertretender Abteilungs-

leiter. Offensichtlich wurden Anstrengungen unternommen, unter stark veränderten Umständen die richtigen Personen für die richtigen Positionen zu finden, da die Sanktionen in der Automobilindustrie einen Wechsel weg von westlichen Marken erforderten.

Im Jahr 2020 konnte ich schreiben, dass »formelle Korruptionsvorwürfe gegen Beamte in der Stichprobe sehr selten sind«; tatsächlich wurde nur ein Fall festgestellt (Fortescue 2020, 380). Seitdem sind Festnahmen von Beamten in Ministerien weitaus häufiger geworden. Manche werden als Einzeltäter dargestellt, andere stehen im Zusammenhang mit »organisierten Gruppen«. Die mutmaßlichen Schmiergeldzahlungen im Zusammenhang mit dem Programm des Energieministeriums zur Stilllegung und Rekultivierung von Bergwerken sind ein Beispiel für Letzteres. Dies führte zum Sturz zweier stellvertretender Minister (Sokovnin und Sergeev 2024). Anhand der verfügbaren Informationen lässt sich nicht sagen, inwieweit die Festgenommenen die Spitze eines Eisbergs sind bzw. ob es sich tatsächlich um klare Korruptionsfälle handelt oder ob undurchsichtige Hintergründe eine Rolle spielen. Dementsprechend kann nicht wirklich beurteilt werden, inwieweit die Korruptionsfälle den Konsens einer im Wesentlichen professionellen Regierung untergraben.

Noch eine kleine Anmerkung zum Schluss. Untersuchungen zu den Werdegängen hochrangiger ziviler Beamter haben ergeben, dass diese selten aus der Duma stammen, während Tikhonov (2024) behauptet, dass diese einst wichtige Rekrutierungsquelle in jüngster Zeit an Bedeutung verloren habe. Vor diesem Hintergrund möchte ich auf zwei kürzlich erfolgte Ernennungen hinweisen. Anton Basanskij, der im März 2025 zum stellvertretenden Minister für den Fernen Osten und die Arktis ernannt wurde, ist von Haus aus Bergbauingenieur, sein Vater ist ein lokaler Milliardär, und er verfügt über langjährige Erfahrung in der gewählten Kommunalverwaltung seiner Heimatstadt Magadan, bevor er 2021 in die Duma wechselte. Jewgenij Markow wurde im April 2025 zum stellvertretenden Minister für Bodenschätze und Umwelt ernannt. Er verfügt über langjährige parlamentarische Erfahrung als Abgeordneter der Regionen Chanty-Mansijsk (Jurga) und Tjumen, ist aber auch mit Forstunternehmen in der Region tätig. Die Forstwirtschaft ist nun sein Zuständigkeitsbereich im Ministerium. Man könnte vermuten, dass in beiden Fällen regionale und branchenspezifische Verbindungen mindestens ebenso ausschlaggebend für die Ernennungen waren wie ihre Erfahrung in der Duma. Im Allgemeinen ist die Verbindung zwischen Regionalverwaltung und Exekutive wichtiger als die zwischen Parlament und Exekutive. Es gibt weitaus mehr Wechsel zwischen Gouverneursposten und der Regierungsverwaltung als solche, an denen die Duma beteiligt ist.

Fazit

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass es – mit der möglichen Ausnahme der Korruption – keine Anzeichen dafür gibt, dass die bisherigen Erkenntnisse der Fachliteratur zur zivilen Regierungsbürokratie nicht mehr gelten. Obwohl die Fluktuation erheblich ist, lässt sie sich nicht als Säuberungsaktion erklären, die eine neue Art von Elitebeamten fördern soll. Die zivilen Ministerien sind nach wie vor mit Beamten besetzt, die über ein angemessenes Bildungsniveau und entsprechende Berufserfahrung verfügen. Die »Silowiki« sind nur in geringem Umfang präsent (wobei es keine Anzeichen von »Kriegshelden« gibt). Ernennungen aufgrund persönlicher Bekanntschaft sind nicht häufiger oder weniger leistungsorientiert als in der Vergangenheit. Es gibt Anzeichen für eine erhöhte Fluktuation, die vor allem darauf zurückzuführen ist, dass Beamte gesucht werden, die große neue Herausforderungen bewältigen können. Dadurch werden oft Ketten von Umbesetzungen ausgelöst.

Das bringt uns zum letzten und schwierigsten Thema, mit dem sich jeder auseinandersetzen muss, der auf Grundlage von Biographien die Zusammensetzung von Eliten analysiert. Die Frage ist nicht nur, ob Biografien mehr verbergen als sie offenbaren, sondern auch: Was sagt selbst die beeindruckendste Biografie über die Leistung des Beamten aus? Entspricht die politische Leitung Russlands dem Bild einer professionellen Regierung? Wenn nicht, liegt die Schuld dann bei den Beamten? Vor allem aber stellt sich angesichts der aktuellen Lage in Russland die Frage: Wenn es selbst bei den am besten qualifizierten Beamten Zweifel an ihrer Leistung gibt, werden sich diese Zweifel dann angesichts neuer Herausforderungen nicht noch verstärken? Wird Personalrotation helfen? Trotz der Spekulationen über eine neue bürokratische Elite deuten die Anzeichen darauf hin, dass Putin – sei es aus freier Entscheidung oder aus der Not heraus – davon überzeugt ist, dass die aktuelle Regierungsverwaltung ihren Aufgaben gewachsen ist.

Über den Autor

Stephen Fortescue ist Honorary Associate Professor an der School of Social Science, University of New South Wales, Sydney, Australien. Er forscht seit über zwei Jahrzehnten zu russischer Wirtschaft und russischen Eliten. Seine neuesten Publikationen finden sich in der unten folgenden Bibliographie.

Bibliographie

- Borschtschewskij, G.A. 2026. "Wysokopostwlennyje tschinowniki federalnych organow ispolnitelnoi wlasti: modeli rekrutirowanija i transformazija." *Soziologitscheskie issledovanija* 2: 3–15. DOI: 10.7868/S3034601026020016.
- Fortescue, Stephen. 2020. "Russia's civil service: professional or patrimonial? Executive-level officials in five federal ministries." *Post-Soviet Affairs*, 36, no.4: 365–388. DOI: 10.1080/1060586X.2020.1757314.
- Fortescue, Stephen. 2025. "Order through incidents? Instruments of development policy under Mishustin." *Post Communist Economies* 38, no.2: 109–132. DOI:10.1080/14631377.2025.2593851.
- Fortescue Stephen. 2026a. "Siloviki at senior levels of selected Russian civilian ministries." *Journal of Slavic Military Studies* 39: 26–55. DOI: http://dx.doi.org/10.1080/13518046.2026.2618362.
- Fortescue, Stephen. 2026b. "Professional or Patrimonial? The staff of the government apparatus of the Russian Federation." *Russian Politics* 11, no.2: 149–180. doi:10.30965/24518921-12341051.
- Nikitina, Olga. 2023. "Tschinownik u konwejera." *Kommersant*, February 7, kommersant.ru/doc/5811301.
- Perzew, Andrei. 2024. "Bitwa poterjannych pokolenij. Kak kadrowoj sastoj raskalywajet putinskujyu elitu". Carnegie Russia Eurasia Center, April 8. https://carnegieendowment.org/ru/russia-eurasia/politika/2024/04/personnel-stagnation-to-splinter-putin-elite-with-battle-of-lost-generations.
- Sokownin, Aleksei, Sergejew, Nikolai. 2024. "Samministra jawilsja s powinnoj". *Kommersant*, October 26. kommersant.ru/doc/7264100.
- Tichonow, Aleksandr. 2024. "Gosduma terjajet posizii istotschnika kadrow dlja ipsolnitelnoj wlasti." *Vedomosti*, May 17, https://www.vedomosti.ru/politics/articles/2024/05/17/1037696-gosduma-teryaet-pozitsii-istochnika-kadrov-dlya-ispolnitelnoi-vlasti.

ANALYSE

Gouverneure in Kriegszeiten: Wie der Krieg die regionale Führung in Russland neu umformt

Ekaterina Paustyan (Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS), Regensburg)

DOI: 10.31205/RA.488.02

Zusammenfassung

Vor dem Hintergrund des sich hinziehenden Krieges gegen die Ukraine wendet Russland bei der Auswahl von Spitzenbeamten für seine Regionalverwaltung eine neue Logik an. Jüngste Ernennungen in westlichen Regionen begünstigen Beamte mit militärischem Hintergrund und Erfahrung in der Arbeit in von Russland besetzten Gebieten, was darauf hindeutet, dass der Kreml nicht die Absicht hat, seinen Kurs zu ändern.

Das fünfte Jahr des russischen Krieges gegen die Ukraine verändert die Logik der regionalen Regierungsführung und der Verwaltung durch die Gouverneure in Russland. Jüngste Ernennungen in den an die Ukraine angrenzenden Regionen deuten auf eine zunehmende Bevorzugung von Beamten mit militärischem Hintergrund und Erfahrung in der Arbeit in von Russland besetzten Gebieten der Ukraine hin. Auch wenn sich dieses Muster in anderen Regionen noch nicht deutlich abzeichnet, lässt es doch vermuten, dass diese Qualifikationen andere Erwägungen zunehmend überwiegen. Diese Ernennungen signalisieren, dass der Krieg für den Kreml weiterhin oberste Priorität hat und dass der Kreml trotz der steigenden Kosten innerhalb Russlands nicht die Absicht hat, seinen Kurs zu ändern. Derselbe Wandel lässt sich auch bei den Wahlen der Staatsduma im September 2026 beobachten, bei der Kandidaten, die als Veteranen des Krieges in der Ukraine präsentiert wurden, nach offiziellen Angaben 46 von 450 Sitzen errangen. Im weiteren Sinne deuten diese Entwicklungen auf eine Militarisierung der russischen Politik hin, da kriegsbezogene Qualifikationen zunehmend den Weg in politische Ämter ebnen.

Kursk: rascher Wechsel und Verlagerung der Verantwortung

Obwohl russische Gouverneure formal gewählt werden, entscheidet in der Praxis der Kreml, wer regiert und

wie lange. In der Oblast Kursk, wo ukrainische Streitkräfte im August 2024 in einen Teil der Region einmarschierten und diesen vorübergehend besetzten, wurde der Gouverneur in jenem Jahr zweimal ausgewechselt. Der rasche Wechsel in der regionalen Führung sowie die sich ausweitenden Korruptionsermittlungen deuten darauf hin, dass der Kreml die Verantwortung für die Krise weitgehend den regionalen Beamten zugewiesen hat. Die erste Neubesetzung des Gouverneurspostens in Kursk erfolgte routinemäßig im Mai 2024. Nach seiner eigenen Wiederwahl ernannte Präsident Wladimir Putin Roman Starowojt, der damals seine erste Amtszeit als Gouverneur innehatte, zum Verkehrsminister. Starowojts erster Stellvertreter, Alexej Smirnow, trat seine Nachfolge an. Smirnows Amtszeit war jedoch nur von kurzer Dauer. Er trat im Dezember zurück, nur wenige Monate nach dem ukrainischen Einmarsch, wobei Teile der Region weiterhin unter ukrainischer Kontrolle standen – russische Streitkräfte eroberten das besetzte Gebiet erst im April 2025 zurück. Als Nachfolger von Smirnow ernannte der Kreml Aleksander Chinshtejn, damals Abgeordneter in der Staatsduma, dem Unterhaus des russischen Parlaments. Er befasste sich vor allem mit Fragen der Sicherheit, der Korruptionsbekämpfung und der Aufsicht über die Strafverfolgungsbehörden. Chinshtejn war ein sogenannter »Outsider«-Gouverneur, da er vor seinem Amtsantritt weder in der Region gelebt noch dort gearbeitet hatte. Seine Ernennung entsprach der bereits vor dem Krieg üblichen Praxis, Außenstehende als Regionalgouverneure zu ernennen. Bis 2020 waren die ernannten Gouverneure, die von außerhalb kamen, bereits in der Überzahl gegenüber denen vor Ort rekrutierter.

In der Zwischenzeit gewannen die Ermittlungen wegen Korruption und Amtsmissbrauchs in der Region an Fahrt. Sie konzentrierten sich auf die Wirtschaftsentwicklungsgesellschaft der Oblast Kursk und diejenigen Auftragnehmer, die im Verdacht standen, Mittel für Grenzbefestigungen zweckentfremdet zu haben, darunter die als »Drachenzähne« bekannten Panzerabwehrbarrieren, deren Bau nach dem russischen Einmarsch in die Ukraine im Jahr 2022 begonnen hatte. Bis Ende 2024 waren mehrere Mitarbeiter der Gesellschaft festgenommen worden. Die Ermittlungen weiteten sich später auf hochrangige regionale Amtsträger aus. Im April des folgenden Jahres wurden Smirnow und sein ehemaliger Stellvertreter wegen Betrugsvorwürfen im Zusammenhang mit den Ausgaben für die Grenzbefestigungen festgenommen. Auch Starowojts frühere Amtszeit als Gouverneur geriet ins Visier der Ermittler. Diese untersuchten Vorwürfe, wonach Mittel für den Bau von Grenzbefestigungen während seiner Amtszeit zweckentfremdet worden seien. Starovojt beging drei Monate später, im Juli, Selbstmord. Er wurde tot in seinem Tesla aufgefunden. Der Zeitpunkt sowie Putins Entscheidung, ihn noch am selben Tag als Verkehrsminister zu entlassen, schürten Spekulationen, dass Starovojt befürchtete, das nächste Ziel der Ermittlungen zu werden. Unterdessen zog sich das Verfahren gegen den ehemaligen Gouverneur Smirnov und seinen ehemaligen Stellvertreter bis ins folgende Jahr hin. Im April 2026 verurteilte ein Gericht Smirnov zu 14 Jahren Haft und verhängte eine Geldstrafe von 400 Millionen Rubel (ca. 4,25 Millionen Euro). Sein Stellvertreter erhielt eine Haftstrafe von 17 Jahren und eine Geldstrafe von 450 Millionen Rubel (ca. 4,79 Millionen Euro). Während der russische Geheimdienst den ukrainischen Einmarsch offenbar nicht vorhergesehen hatte und das Militär nicht in der Lage war, ihn schnell einzudämmen, sind die politischen Konsequenzen größtenteils auf die regionale Führung zurückgefallen. Indem sich der Kreml auf Korruption, Mittelmissbrauch und Verwaltungsversagen in der Oblast Kursk konzentrierte, hat er die Verantwortung auf regionale Amtsträger verlagert und damit die Aufmerksamkeit von den umfassenderen Versäumnissen des Geheimdienstes und des Militärs abgelenkt.

Brjansk: Ein Ausweg, um das Gesicht zu wahren

Ein ähnliches, wenn auch weniger dramatisches Muster zeigte sich in der benachbarten Oblast Brjansk. Die Korruptionsermittlungen konzentrierten sich dort auf den Bau von Grenzbefestigungen. Im Juli 2025 nahmen die Strafverfolgungsbehörden den Vizegouverneur Nikolaj Simonenko und den Leiter der regionalen Bauabteilung Jewgenij Schur wegen Vorwürfen der Unterschlagung und des Amtsmissbrauchs fest. Ein Jahr später verurteilte ein Moskauer Gericht Simonenko zu neun Jahren und neun Monaten Haft, während Schur eine Strafe von neuneinhalb Jahren erhielt. Der Gouverneur der Oblast schied jedoch unter weitaus günstigeren Bedingungen aus dem Amt. Alexander Bogomas war seit 2014 im Amt und hatte sich im September 2025 eine dritte Amtszeit gesichert. Dennoch trat er im Mai 2026 zurück und wurde am folgenden Tag Abgeordneter der Staatsduma. Indem der Kreml seinen Rücktritt annahm und seinen sofortigen Wechsel in die föderale Legislative ermöglichte, verschaffte er Bogomas einen gesichtswahrenden Abgang und ermöglichte ihm, eine Position auf föderaler Ebene zu behalten. Sein Rücktritt folgte auf Jahrelangen Druck des Krieges auf die Oblast Brjansk. Das Gebiet war wiederholt unter Beschuss geraten und hatte mehrere erfolglose Versuche ukrainischer Streitkräfte, die Grenze zu überqueren, erlebt. Bogomas wurde vorübergehend durch Egor Kowaltschuk ersetzt, einen Außenseiter ohne bisherige Verbindungen zur Region. Kowaltchuk hatte zuvor verschiedene regionale und kommunale Ämter bekleidet, bevor er 2024

zum Leiter der Regierung der von Russland besetzten sogenannten Volksrepublik Lugansk in der Ukraine ernannt wurde. Indem der Kreml Kowaltschuk direkt aus dem besetzten Luhansk nach Brjansk versetzte, signalisierte er wahrscheinlich, dass er solche Erfahrungen bei der Besetzung hochrangiger regionaler Posten nun schätzt. Kowaltschuk wurde anschließend bei den Wahlen, die parallel zu den Staatsduma-Wahlen stattfanden, mit 67,52 Prozent der Stimmen zum Gouverneur der Oblast Brjansk gewählt.

Belgorod: Ein Krieger tritt die Nachfolge eines effektiven Managers an

Diese Kriegslogik zeigte sich noch deutlicher in der Oblast Belgorod, wo Alexander Schuwajew am 13. Mai 2026 – am selben Tag wie Kowaltschuk in Brjansk – zum Interimsgouverneur ernannt wurde. Im Gegensatz zu Kowaltschuk wurde Schuwajew jedoch in der Oblast Belgorod geboren, auch wenn er seine militärische Laufbahn außerhalb der Region aufgebaut hatte. Schuwajew hatte an Kampfhandlungen im Nordkaukasus und am Krieg Russlands gegen Georgien im Jahr 2008 teilgenommen, bevor er ab 2022 in Syrien und im Krieg gegen die Ukraine diente. Er stieg bis zum Rang eines Generalmajors auf und erhielt 2025 den Titel »Held der Russischen Föderation«. Er hatte zudem am Kreml-Programm »Zeit der Helden« teilgenommen, das darauf abzielte, Militärveteranen in öffentliche Ämter zu bringen. Obwohl bislang nur eine kleine Zahl von Teilnehmern Spitzenpositionen auf regionaler Ebene erreicht hatte, stieg Schuwajew rasch auf. Im Januar 2026 wurde er zum stellvertretenden Gouverneur der Oblast Irkutsk in Sibirien ernannt, um die Mobilisierungsplanung und die territoriale Verteidigung zu leiten. Vier Monate später wurde Schuwajew zum amtierenden Gouverneur der Oblast Belgorod ernannt – ein Schritt, der offenbar eine Wende in der Strategie des Kremls bei der Verwaltung der Region markierte. Sein Vorgänger, Wjatscheslaw Gladkow, war als ziviler Gouverneur ins Amt gekommen und musste sich anpassen, nachdem der Krieg die Region erreicht hatte. Schuwaew hingegen brachte einen militärischen Hintergrund und direkte Kampferfahrung mit. Das Signal war eindeutig: Der Kreml wollte nun eine Militärpersönlichkeit an der Spitze einer der vom Krieg betroffenen Grenzregionen Russlands. Doch militärische Erfahrung lässt sich nicht zwangsläufig in eine effektive regionale Regierungsführung umsetzen. Es entsteht ein klarer Zielkonflikt zwischen dem symbolischen Wert der Ernennung eines hochdekorierten Offiziers und den praktischen Anforderungen an die Verwaltung einer Region, die unter ständigem Kriegsdruck steht.

Wie ich in einem anderen Artikel darlege (s. dazu Paustyan 2024 in den Lesetipps), erwies sich Gladkow, der 2020 sein Amt antrat, als effektiv in der Verwaltung der Region, nachdem Russland 2022 seine großangelegte Invasion in der Ukraine gestartet hatte. Die Oblast Belgorod spürte die Auswirkungen sofort, da die Regionalhauptstadt etwa 40 Kilometer von der ukrainischen Grenze und rund 70 Kilometer von Charkiw, der zweitgrößten Stadt der Ukraine, entfernt liegt. Obwohl Gladkow bei seiner Ernennung selbst ein Außenseiter war, erwarb er sich den Ruf, schnell auf kriegsbedingte Herausforderungen zu reagieren, insbesondere durch direkte Kommunikation mit den Einwohnern. Sein Telegram-Kanal wurde zu einem der meistzitierten Gouverneurskanäle in Russland. Mit Beginn des Krieges veröffentlichte er mehr Beiträge als jeder andere Gouverneur und erzielte zeitweise mehr Zitate als das russische Verteidigungsministerium. Bis 2026 hatte der Kanal fast eine halbe Million Abonnenten. Er wurde zu mehr als nur einem Kommunikationsmittel. Viele Einwohner erfuhren über den Telegram-Kanal des Gouverneurs von Luftangriffen, Opfern, Evakuierungen und offiziellen Reaktionen, noch bevor diese Informationen anderswo erschienen. Gladkow veröffentlichte zudem regelmäßig Videoansprachen, die er direkt auf seinem Handy aufzeichnete, was den Eindruck verstärkte, dass er persönlich vor Ort war und sich kontinuierlich mit den Notfällen des Krieges befasste.

Ab 2025 wurde es schwieriger, dieses Kommunikationssystem aufrechtzuerhalten, da die Abschaltungen des mobilen Internets zunahmen und die Behörden versuchten, Telegram einzuschränken, während sie gleichzeitig den staatlich geförderten Messenger MAX förderten. Gladkow ermutigte die Einwohner, zu MAX zu wechseln, warnte jedoch auch davor, dass eine Verlangsamung von Telegram den schnellen Informationsfluss über Raketen- und Drohnenangriffe stören würde. Er unterstützte öffentlich die Beschwerden der Einwohner über Interneteinschränkungen und kritisierte MAX dafür, dass es nicht über die notwendigen Funktionen zur Verbreitung dringender Sicherheitswarnungen verfüge. Er argumentierte, dies sei ein ernstes Problem für alle Grenzregionen, und kündigte an, dies mit den nationalen Behörden zu besprechen. Diese Interventionen könnten zu Spannungen mit den Sicherheitsbehörden geführt haben, die eine strengere Kontrolle über Informationen in Kriegszeiten anstrebten, und möglicherweise zur Entscheidung des Kremls beigetragen haben, Gladkow abzulösen. Sein Ausscheiden wurde jedoch nicht so zügig geregelt wie der Rücktritt von Bogomas in Brjansk. Berichte über Gladkows mögliche Ablösung kursierten bereits Anfang April 2026, doch er blieb bis Mitte Mai im Amt. Diese Verzögerung lässt vermuten, dass in Moskau Verhandlungen über Gladkows Schicksal als Gouverneur und die Wahl seines Nachfolgers stattfanden.

Die Unsicherheit bezüglich seiner Position hielt mehrere Wochen an, da sich ausweitende Korruptionsermittlungen in der Oblast Belgorod auch die regionalen Beamte erreichten, die mit dem Bau von Panzerabwehrbarrieren in Verbindung standen. Zu den Festgenommenen gehörten der für den regionalen Bausektor zuständige Vizegouverneur Rustem Sainullin und der ehemalige Vizegouverneur Wladimir Basarow. Beide wurden in den regionalen Medien als enge Vertraute von Gladkow beschrieben. Nur etwa sechs Wochen nach seinem Ausscheiden aus dem Amt wurde Gladkow zum russischen Botschafter in Abchasien ernannt, das von Moskau als unabhängiger Staat betrachtet wird, international jedoch weiterhin als Teil Georgiens anerkannt ist. Diese Ernennung war recht ungewöhnlich, da er kein Berufsdiplomat ist. Zwar wurden bereits früher ehemalige Gouverneure zu Botschaftern ernannt, vor allem nach Weißrussland, doch sind solche Ernennungen nach wie vor relativ selten. Russlands Beziehungen zu Abchasien werden innerhalb der Präsidialverwaltung von Sergej Kirienko betreut, was darauf hindeutet, dass Gladkows Ernennung dessen Rückendeckung hatte. Das Botschafteramt ist zudem politisch bedeutsam, da Abchasien in Bezug auf Sicherheit und wirtschaftliche Unterstützung stark von Russland abhängig ist. Gladkow wird daher beträchtlichen Einfluss ausüben, während er Moskaus Interessen dort vertritt. Sein Nachfolger Schuwaew sicherte sich unterdessen das Gouverneursamt mit 65,97 Prozent der Stimmen.

Fazit: eine kriegerische Botschaft

Insgesamt deuten diese Entwicklungen in den russischen Grenzregionen auf einen umfassenderen Wandel der regionalen Regierungsführung und der Verwaltung durch die Gouverneure in Kriegszeiten hin. Der Kreml räumt zunehmend Beamten Vorrang ein, die Erfahrung mit der Verwaltung russisch besetzter Gebiete in der Ukraine haben. Auch militärische Verdienste haben Vorrang vor anderen Erwägungen. Obwohl sich dieses Muster bislang nur in den an die Ukraine angrenzenden Regionen abzeichnet, dürfte dieselbe Kriegslogik künftige Ernennungen in ganz Russland prägen. Zusammengenommen senden diese Ernennungen eine wichtige Botschaft aus. Sie deuten darauf hin, dass der Krieg für den Kreml weiterhin oberste Priorität hat und dass er nicht die Absicht hat, seinen Kurs zu ändern – trotz der steigenden Kosten innerhalb Russlands, die durch ukrainische Drohnenangriffe auf Ölraffinerien sowie durch Angriffe auf Logistik- und Lagerstätten entstehen.

Über die Autorin

Dr. *Ekaterina Paustyan* ist Politikwissenschaftlerin und Postdoc-Forscherin am Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS) in Regensburg. Zu ihren Forschungsinteressen zählen autoritäre Regime, territorial politics, Wahlmanipulation sowie politische Eliten mit einem Fokus auf die Regionen Russland, Ukraine und Mittel- und Osteuropa.

Dieser Beitrag erschien am 28.09.2026 auf Englisch unter dem Titel »Wartime Governors: How the War Is Reshaping Regional Leadership in Russia« bei ostBLOG (Blog des Leibniz-Instituts für Ost- und Südosteuropaforschung (IOS)) online unter https://ostblog.hypotheses.org/9578#more-9578.

Lesetipps

- Burkhardt, Fabian, Evgeny Miroshnichenko, Anastasiia P., et al. “Elite Repression in Wartime Russia: How and Why Are Officials Prosecuted.” Cedar Elites Lab Report No. 3, August 2026.
- Paustyan, Ekaterina. 2024. “Elite Cohesion and Resilience of the Russian Regions: The Case of Belgorod Oblast.” Post-Soviet Affairs 40 (4): 296–312. https://doi.org/10.1080/1060586X.2024.2354940
- Paustyan, Ekaterina. 2026. »Korruption und Elitennetzwerke in Russlands Grenzregionen während des Krieges.« Russland-Analysen, Nr. 475 (30. Januar): 7–8. https://laender-analysen.de/russland-analysen/475/korruption-elite-netzwerk-russlands-krieg/
- Pertsev, Andrey. “A General in a Suit.” Riddle Russia, June 29, 2026. https://ridl.io/a-general-in-a-suit/; Russia Post. “How Is the Kremlin Doing on Its Promise to Make Ukraine War Veterans a ‘New Elite’?” July 15, 2026. https://russiapost.info/articles/veterans-in-the-russian-elite
- Rettig, Joana. »Warum Russland seine Bürger immer stärker vom Internet abschneidet.« WEB.DE News, March 30, 2026. https://web.de/magazine/politik/russland-krieg-ukraine/russland-buerger-staerker-internet-abschneidet-42065846

ANALYSE

Die fortschreitende Verkrustung des Systems

Andrei Yakovlev (Freie Universität Berlin)

DOI: 10.31205/RA.488.03

Zusammenfassung

Ende Oktober 2026 kündigte Wladimir Putin nach einem Treffen mit Michail Mischustin Umbesetzungen in der russischen Regierung an – darunter die Ernennung von Anton Siluanow und Andrej Nikitin zu stellvertretenden Ministerpräsidenten sowie die Ablösung von Dmitrij Grigorenko, Leiter des Regierungsapparats, durch Irina Okladnikowa, die zuvor im Finanzministerium im Rang einer ersten stellvertretenden Ministerin tätig war. Für das Verständnis der Prozesse in der höchsten russischen Verwaltungselite könnten jedoch die erwarteten, aber nicht vollzogenen Personalumbesetzungen von größerer Bedeutung sein.

»Wir warten auf Veränderungen« oder warum ein regelmäßiger Personalwechsel für das System notwendig ist

Für das angemessene Funktionieren von Systemen wie dem Putins, in denen es keine echte Politik gibt, sondern nur Konkurrenz innerhalb des Apparats und hinter den Kulissen stattfindende Kämpfe zwischen Clans, ist es wichtig, Anreize für die Menschen auf den unteren und mittleren Ebenen der Verwaltungshierarchie aufrechtzuerhalten. Natürlich ist die Macht an sich schon ein Anreiz, sie verschafft Status und materielle Vorteile, doch eine nicht minder wichtige Rolle spielen für die Menschen innerhalb des Systems die Aussichten auf einen beruflichen Aufstieg. Wenn jemand in das System eintritt und sieht, dass alle auf ihren Posten sitzen bleiben und keinerlei Bewegung herrscht, verliert er das Interesse an der Arbeit. Insbesondere, wenn es um die materiellen Vorteile immer schlechter wird – wie es in den letzten zwei Jahren der Fall ist.

Bereits seit Ende 2024 reicht das Geld des Kremls nicht mehr aus, um gleichzeitig den Krieg zu finanzieren, soziale Verpflichtungen zu erfüllen und Erträge für die Eliten zu sichern. Infolgedessen hat sich das Gleichgewicht zwischen Zuckerbrot und Peitsche in den letzten eineinhalb bis zwei Jahren zunehmend in Richtung Peitsche verschoben – in Form einer immer massiveren Verstaatlichung von Unternehmensvermögen und fortlaufender Verhaftungen von Beamten auf allen Ebenen, die nun in der Regel mit der Beschlagnahmung von Vermögen einhergehen. Doch Arbeit, die ausschließlich unter der Angst vor Bestrafung geleistet wird, ist selten effektiv.

In diesem Sinne ist die Möglichkeit des beruflichen Aufstiegs, die den Kreml finanziell nichts kostet, ein ziemlich wichtiges Element, um das gesamte System in Schwung zu halten. Genau aus diesem Grund erwarteten sehr viele – darunter auch innerhalb des russischen Staatsapparats –, dass es nach den »Wahlen« im September zu spürbaren Personalwechseln kommen würde. Diese beschränkten sich letztendlich jedoch auf unbedeutende Veränderungen in der Zusammensetzung der Regierung.

Worum ging es bei den Diskussionen?

Der erste Wackelkandidat war Michail Mischustin. Mit Beginn des Krieges versuchte er – im Gegensatz zu seiner ursprünglichen PR-Strategie –, so still und unauffällig wie möglich zu sein, wofür man ihn sogar als »Unsichtbaren« bezeichnete. Doch so sehr er sich auch versteckt, formal ist er die Nummer eins für Putins Nachfolge, sollte plötzlich etwas passieren. Da Putin sich dieser institutionellen Besonderheit seines Regierungssystems sehr wohl bewusst war, wechselte er regelmäßig die Ministerpräsidenten. Doch Mischustin sitzt bereits seit 6,5 Jahren auf seinem Posten. Länger in dieser Position hat sich nur Dmitrij Medwedew gehalten – vor dem Hintergrund einer umfassenden »Säuberungsaktion« gegen Personen, die ihm während seiner Präsidentschaft nahestanden.

Möglicherweise hat Mischustin seine Position gerade deshalb behalten, weil er als sehr erfahrener Apparatschik selbst die Initiative ergriffen hat, seine eigene Position zu schwächen, und Grigorenko – einen seiner engsten Mitarbeiter seit vielen Jahren – »verraten« hat.

Es ist jedoch auch möglich, dass potenzielle Anwärter auf das Amt des Ministerpräsidenten im innerparteilichen Wettlauf nicht genügend »Punkte« gesammelt haben. Der überzeugte Staatsmann Andrej Belousow und der »Kreml-Märchenerzähler« Maxim Oreschkin hätten ein Angebot, Ministerpräsident zu werden, sicherlich nicht abgelehnt. Doch Belousow wird als Verteidigungsminister durch die militärisch-politische Lage behindert, da der Vormarsch der russischen Armee an der Front faktisch zum Stillstand gekommen ist und das russische Militär den ukrainischen Angriffen ins Landesinnere nichts entgegenzusetzen hat. Zudem könnten die Kreml-Clans die Ernennung Belousows zum Ministerpräsidenten fürchten – denn von den derzeitigen Spitzenbeamten wäre wohl nur er tatsächlich in der Lage, die Wirtschaft auf Mobilisierungskurs zu bringen, was für

den Großteil der Eliten mit erheblichen Verlusten verbunden wäre. Oreschkin hingegen wird trotz all seiner Ambitionen und seines Status als »Putins Liebling« nicht als ernstzunehmender Staatsmann wahrgenommen.

Eine weitere Position, die für viele Akteure im System eine »Belohnung« darstellen würde, ist das Amt des Moskauer Bürgermeisters. Vor dem Hintergrund all der wirtschaftlichen Probleme verfügt die Stadtverwaltung der Hauptstadt nach wie vor über kolossale Ressourcen, und Sergej Sobjanin ist bereits seit sehr langer Zeit, nämlich seit 2010, im Amt des Bürgermeisters. Dabei versuchte er, ebenso wie Mischustin, sich nicht bei promilitärischen Aktionen in den Vordergrund zu drängen und galt unter den Vertretern der höchsten russischen Elite als einer der Anhänger der »Friedenspartei«, wobei er gleichzeitig Abstand zu den wichtigsten Clans hielt. Als Signal für einen möglichen »ehrenvollen Rücktritt« werteten viele Beobachter die unerwartete und an keinerlei Ereignisse geknüpfte Verleihung des Titels »Held der Arbeit« an Sobjanin Anfang September.

Es gab Gerüchte, dass Sobjanin auf den Posten des Staatsduma-Präsidenten versetzt werden könnte. Zu denjenigen, die unbedingt den Posten des Moskauer Bürgermeisters anstreben, gehörte der für Innenpolitik zuständige Sergej Kirijenko, der im Gegensatz zu Mischustin und Sobjanin bereits seit fünf Jahren aktiv die sogenannte militärische Spezialoperation unterstützt, die »neuen Gebiete« betreut und das Personalprogramm »Zeit der Helden« ins Leben gerufen hat. Kirijenko ist mit seinem Team bereits seit zehn Jahren in der Verwaltung tätig, und abgesehen vom Zugang zu den Ressourcen Moskaus hätte er sich höchstwahrscheinlich eine etwas weniger nervenaufreibende Arbeit gewünscht. Doch die »Wahlen« verliefen nicht so, wie Kirijenko es sich erhofft hatte: Auf der Ebene der nackten Zahlen wurde zwar das für den Kreml notwendige »Ergebnis« gesichert, doch gab es um ein Vielfaches mehr Skandale und Schmutzkampagnen als zuvor. Hinzu kamen regelmäßige Spannungen mit dem Föderalen Sicherheitsdienst (FSB), der eine ganze Reihe von Kirijenkos Mitarbeitern festgenommen hatte. Infolgedessen behielt Wjatscheslaw Wolodin – ein langjähriger politischer Rivale Kirijenkos – seinen Posten als Sprecher der Staatsduma. Es heißt, dass gerade er sich ursprünglich gemeinsam mit »Einiges Russland« für die Aufnahme der Partei »Jabloko« in die Wahllisten eingesetzt habe, um auf diese Weise die Position der Partei »Neue Menschen« (die als Kirijenkos Retortenpartei gelten) zu schwächen. Der nach der Entscheidung der Zentralen Wahlkommission einsetzende starke Anstieg des Anteils derjenigen, die bereit waren, für »Jabloko« mit ihrer antimilitaristischen Haltung zu stimmen, löste jedoch Panik im FSB aus und führte zur eiligsten Streichung von »Jabloko« von der Wahlliste – was Kirijenko traf, der es als Verantwortlicher für die Innenpolitik nicht geschafft hatte, all dies zu verhindern.

Schließlich waren Verschiebungen im Sicherheitsapparat zu erwarten. Der wachsende Druck der Sicherheitskräfte, vor allem des FSB, sorgt für zusätzliche Spannungen in der zivilen Verwaltung und in anderen Sicherheitsbehörden. Der FSB ruft praktisch bei allen im Staatsapparat nicht einmal Ärger, sondern aufrichtigen Hass hervor. Dabei bot die seltsame und für Putins System völlig untypische Geschichte um Ilja Traber gute Gründe für personelle Veränderungen. Ilja Traber, dem sowohl Verbindungen zur Mafia als auch eine persönliche Freundschaft zu Wladimir Putin nachgesagt werden, wird zunächst wegen des Vorwurfs eines Auftragsmordes festgenommen und dann »mangels Tatbestands« freigelassen. Letztendlich kam es jedoch auch hier zu keinen größeren Umbesetzungen.

Was bedeutet das Ausbleiben von personellen Veränderungen?

Hinter dieser Entscheidung könnten zum Teil zufällige Faktoren stehen. Insbesondere werden personelle Umbesetzungen oft als Kette geplant: Eine Person wird entfernt, an ihre Stelle rückt jemand anderes, an dessen Stelle wiederum der Nächste und so weiter. Und wenn ein Glied in dieser Kette bestehen bleibt (wie es beispielsweise bei Wolodin der Fall war), dann kommt auch der Rest zum Stillstand.

Zudem wird regelmäßig das Argument nach dem Motto »Never change a running system« vorgebracht – sozusagen: Warum sollte man mitten im Krieg diejenigen austauschen, die ihre Aufgaben ohnehin gut bewältigen? Solche Überlegungen haben Putin jedoch in der Regel wenig bewegt. Zumal es im System nach wie vor genügend starke Führungskräfte gibt. Nehmen wir zum Beispiel Andrej Nikitin: Er leitete viele Jahre lang die Agentur für strategische Initiativen (ASI), war ein erfolgreicher Gouverneur in Nowgorod, übernahm dann das Amt des Verkehrsministers und ist nun Vizepremierminister geworden. Er ist ein kompetenter Manager, und wenn man ihn zum Ministerpräsidenten ernennt, wird er die Aufgabe meistern. Und von solchen Leuten gibt es im System bislang noch genug.

Mir scheint, der Hauptgrund liegt woanders. Es sieht so aus, als hätte der Krieg Putin so sehr in Beschlag genommen, dass er seine für ihn typische direkte Kontrolle über das System, das er in den vergangenen 25 Jahren aufgebaut hat, gelockert hat.

Bürokratie

Für Putin war Personalrotation schon immer charakteristisch. Er nahm regelmäßig Umbesetzungen vor und schuf damit die »Dynamik«, die ihm persönlich fehlt. Er hat dieses Spiel ständig gespielt, doch nun hat er ein ande-

res: Er ist in einen Krieg verwickelt, als wäre es ein Spiel mit Zinnsoldaten. Und allem Anschein nach wendet er dafür um ein Vielfaches mehr Zeit auf als für alles andere.

Man denke nur an den Fall von Alexej Kudrin. Nach Kriegsbeginn beschloss er, sein Amt als Vorsitzender des Rechnungshofs niederzulegen; Putin ließ ihn gehen, doch dann hatte der Rechnungshof eineinhalb Jahre lang keinen Vorsitzenden (Kudrin trat im November 2022 zurück, Boris Kowaltschuk wurde im Mai 2024 ernannt). Dabei handelt es sich um ein sehr prestigeträchtiges Amt, das sogar über dem eines Ministers steht, da es echte Kontrollbefugnisse verleiht. Auf eine Prüfung durch den Rechnungshof folgen oft Ermittlungen der Staatsanwaltschaft und Strafverfahren – es handelt sich im Grunde um eine Fast-Sicherheitsbehörde, die im Putin-System eine ziemlich bedeutende Rolle spielt. Und dennoch war sie eineinhalb Jahre lang ohne Leiter – einfach weil der oberste Chef keine Zeit hatte, darüber nachzudenken und einen Kandidaten abzustimmen.

Wenn dem obersten Chef dafür die Zeit fehlt, entsteht die Situation, die wir beobachten: Um die Leute auf Trab zu halten, muss man sie versetzen, doch dafür ist eine Entscheidung des obersten Chefs erforderlich, der dafür keine Zeit hat. Und so bleiben letztendlich alle ungewöhnlich lange für dieses System auf ihren Posten. Und das erinnert zunehmend an den Personal- und sonstigen Stillstand in den letzten Jahren der Breshnew-Ära

Silowiki

Ein in gewisser Weise ähnlicher Prozess vollzieht sich auch innerhalb der Sicherheitskräfte. Früher achtete Putin auf das Gleichgewicht und spielte bewusst verschiedene Sicherheitsbehörden gegeneinander aus: Staatsanwälte gegen Ermittler, den FSB gegen das Innenministerium und so weiter. Natürlich hatte der FSB schon immer einen gewissen Vorteil, aber eine so totale Dominanz wie heute gab es vor dem Krieg nicht.

Der Einfluss des FSB ist so stark gewachsen, dass er bereits an das NKWD der späten Stalin-Ära erinnert – wenn auch mit dem Unterschied geringerer wirtschaftlicher Ressourcen. Damals unterstand dem NKWD der Gulag, und es war für zentrale militärisch-technische Projekte verantwortlich – wie beispielsweise die Atombombe. Was die Angst betrifft, ist der FSB mit dem NKWD vergleichbar – nicht jedoch hinsichtlich der tatsächlichen Macht. Derzeit basiert das System auf dem allgemeinen Glauben des Staatsapparats daran, dass es einen furchterregenden und schrecklichen FSB gibt, vor dem niemand entkommen kann. Alles läuft rund, weil, wenn der FSB ein Strafverfahren einleitet, folgen de facto den Befehlen aus der Lubjanka sowohl die Ermittler als auch die Richter und die übrigen »Leute in Uniform«. Aber sie wären, ebenso wie die Technokraten, gerne bereit, dies zu ändern.

Und einmal ist es tatsächlich gelungen. Nach Stalins Tod hat das damalige Politbüro gemeinsam mit Georgij Shukow nicht nur Lawrentij Beria beseitigt, sondern auch das NKWD abgeschafft (das nach dem Krieg zum Ministerium für Staatssicherheit wurde und mindestens die Funktionen des heutigen FSB, des Föderalen Dienstes für Bewachung, des Innenministeriums, des Untersuchungsausschusses und des Föderalen Strafvollzugsdienstes vereinte). Dieses Superministerium wurde in mehrere Behörden aufgespalten, und der Status seines wichtigsten Rechtsnachfolgers – des KGB – wurde von einem Ministerium auf ein Komitee herabgestuft, dessen Leiter lediglich Mitglied des Zentralkomitees der Partei war. Erst ab 1967, nach der Ernennung von Jurij Andropow zum Vorsitzenden des KGB, erhielt diese Behörde wieder eine Vertretung im Politbüro des Zentralkomitees.

Sollten Ermittler, Polizisten und Richter plötzlich beschließen, dass sie nicht verpflichtet sind, den Anweisungen des FSB Folge zu leisten (und formal gesehen kann der FSB ihnen keine Befehle erteilen), würde das Ganze einfach nicht mehr funktionieren und der Einfluss des FSB würde sich in Luft auflösen. Hier lässt sich eine Analogie zu den Politabteilungen in der Sowjetarmee ziehen: Diese unterstanden nicht den Kommandeuren ihrer Regimenter oder Divisionen, sondern waren ausschließlich der Hauptpolitverwaltung rechenschaftspflichtig. Normale Berufsoffiziere mochten die Politmitarbeiter überhaupt nicht, da diese in der Regel keinen Nutzen brachten, aber die Karriere ruinieren konnten. Doch alles änderte sich buchstäblich über Nacht, als 1991 nach dem Putschversuch des Staatskomitees für den Ausnahmezustand durch einen Befehl des Verteidigungsministeriums alle Politabteilungen aus dem Dienstplan gestrichen wurden. Und wie mir kürzlich ein Militärangehöriger aus dem Personalwesen erzählte, der diese Zeit miterlebt hatte, begannen die Politmitarbeiter, die zuvor auf die übrigen Offiziere herabgeschaut hatten, plötzlich auf Eierschalen zu laufen. Für den FSB könnte sich die Situation ähnlich darstellen. Aber nicht unter Putin.

Doch auch innerhalb des FSB selbst ist die Lage nicht einfach. Bezeichnend hierfür ist die bereits erwähnte Geschichte um die Festnahme und Freilassung von Ilja Traber, der als jemand gilt, der Putin sehr nahesteht. Insbesondere stellt sich die große Frage, ob seine Festnahme mit Putin abgestimmt war. Falls ja, dann ist seine anschließende Freilassung mit der Begründung »mangels Tatbestands« (sowie die offenbar darauf folgenden Säuberungsaktionen im Wirtschaftsgeheimdienst) ein klarer Verstoß gegen interne Konventionen und ein offensichtlicher öffentlicher Schlag gegen den Ruf des FSB. Wurde diese Festnahme hingegen nicht von Putin genehmigt, könnte es sein, dass der FSB (oder zumin-

dest einer seiner »Flügel«) versucht hat, seine Praxis des »Auslotens von Grenzen« in Bezug auf einflussreiche Persönlichkeiten auszuweiten – und dabei Personen aus Putins engstem Umfeld ins Visier genommen hat. Das könnte jedoch ein Anzeichen dafür sein, dass der FSB irgendwann zu einer Bedrohung für Putin selbst werden könnte.

Es ist klar, dass Putin aus ihren Reihen stammt. Doch wenn er sich ununterbrochen öffentlich darüber beklagt, dass »der Westen ihn betrogen hat«, und gleichzeitig von mythischen »Erfolgen an der Front« spricht – dann erinnert das immer mehr an die Zeit des späten Breshnew, der allmählich dem Wahnsinn verfiel. Dabei gibt es im FSB genügend ehrgeizige Führungskräfte im Alter von 45 bis 50 Jahren, die der Meinung sind, dass sie bereits durchaus würdig sind, Spitzenpositionen zu bekleiden. Stattdessen wird ihnen faktisch angeboten, tatenlos zuzusehen, wie Putin mit seinen »Kreml-Alten« die Wirtschaft ruiniert – und dann, in 10 bis 15 Jahren, müssen sie in einem nicht mehr ganz so jungen Alter diese Trümmer beseitigen. Wie Tatjana Stanowaja kürzlich schrieb, wird der alte, schwache Putin nicht einmal von seinen Sicherheitskräften gebraucht. Dennoch spielt Putin weiterhin mit Zinnsoldaten und scheint all das nicht zu bemerken.

Dieser Beitrag erschien am 26.10.2026 im russischen Dienst der Zeitung The Moscow Times unter dem Titel: »Progressirujuschtschij skreros sistemy, ili Potschemu ne sostojalis oshidawschijesja perestanowki wo wlasti« (dt. Die fortschreitende Sklerose des Systems oder Warum die erwarteten Umbildungen innerhalb der Regierung nicht stattgefunden haben) und ist online verfügbar unter: https://ru.themoscowtimes.com/2026/10/26/us-stocks-uoll-strit-rastet-v-fokuse-ii-iz-za-soobscheniya-anthropic-ob-ipo-a209623.

Über den Autor

Andrei Yakovlev ist Wirtschaftswissenschaftler mit einem Forschungsfokus auf Beziehungen zwischen Staat und Wirtschaft in Russland, politischer Ökonomie der Entwicklung, Industriepolitik und Bürokratieanreize (mit vergleichenden Studien zu Russland und China). Von 1993 bis 2023 arbeitete er an der Higher School of Economics (HSE) in Moskau, von 2022–2023 lud ihn das Davis Center in Harvard als Gastwissenschaftler ein und seit 2024 ist er als Gastwissenschaftler an der Freie Universität Berlin tätig. Von 2023–2026 leitete er das Projekt »The Normalization Platform: Reclaiming the Future« – s. dazu: https://www.reforms.io/normalizaciya.

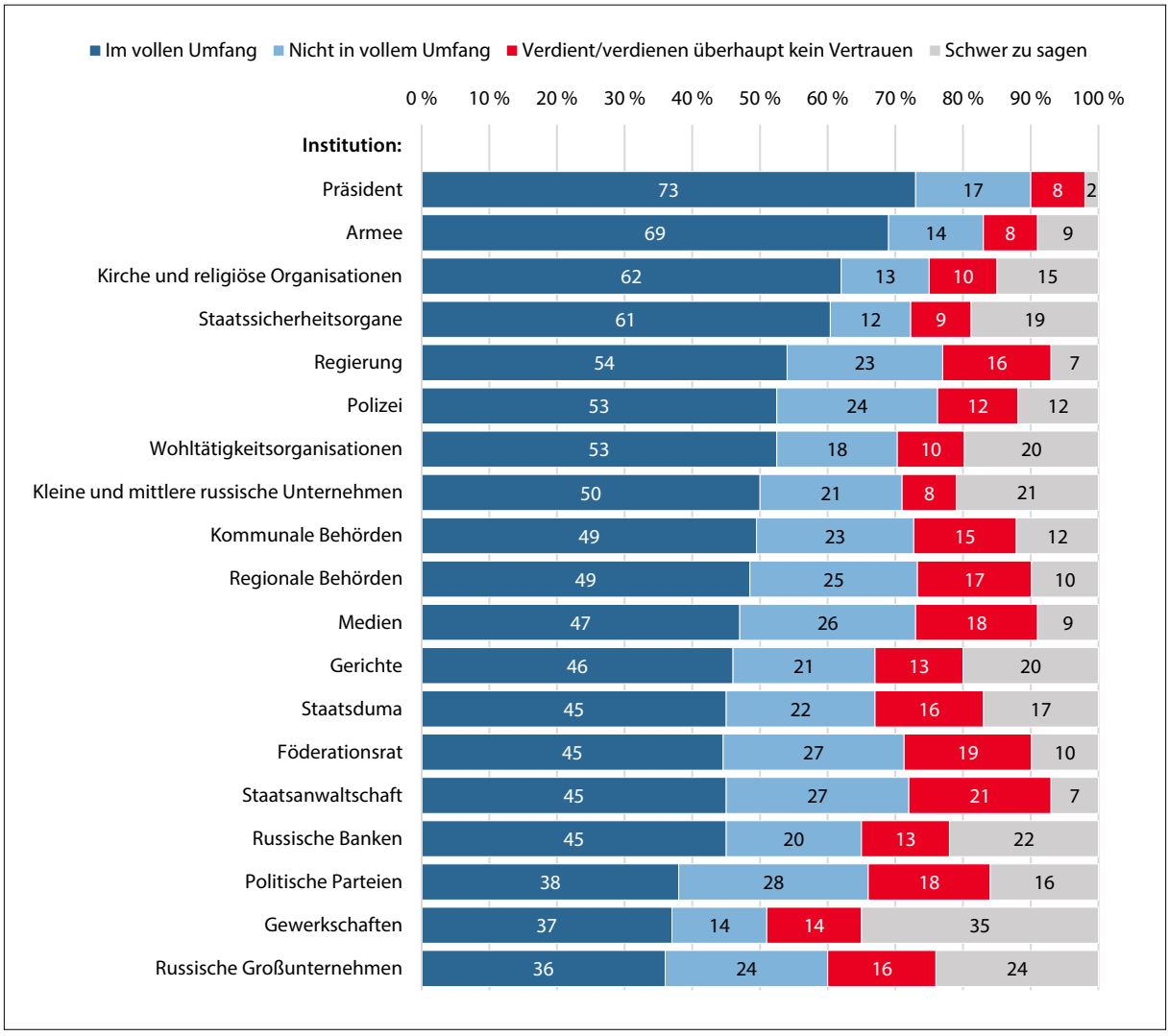
Lesetipps:

- Andrei Yakovlev: Why the Current Wave of Nationalization in Russia is More Than Just a Redistribution of Assets, 29.07.2025, important stories, https://storage.googleapis.com/istories/en/opinions/2025/07/29/nationalization/index.html.
- Tatiana Stanovaya: Is Opposition to Online Restrictions an Inflection Point for the Russian Regime?, 21.04.2026, Carnegie politika, https://carnegieendowment.org/russia-eurasia/politika/2026/04/russia-elites-internal-conflict.

UMFRAGEN

Vertrauen in Institutionen

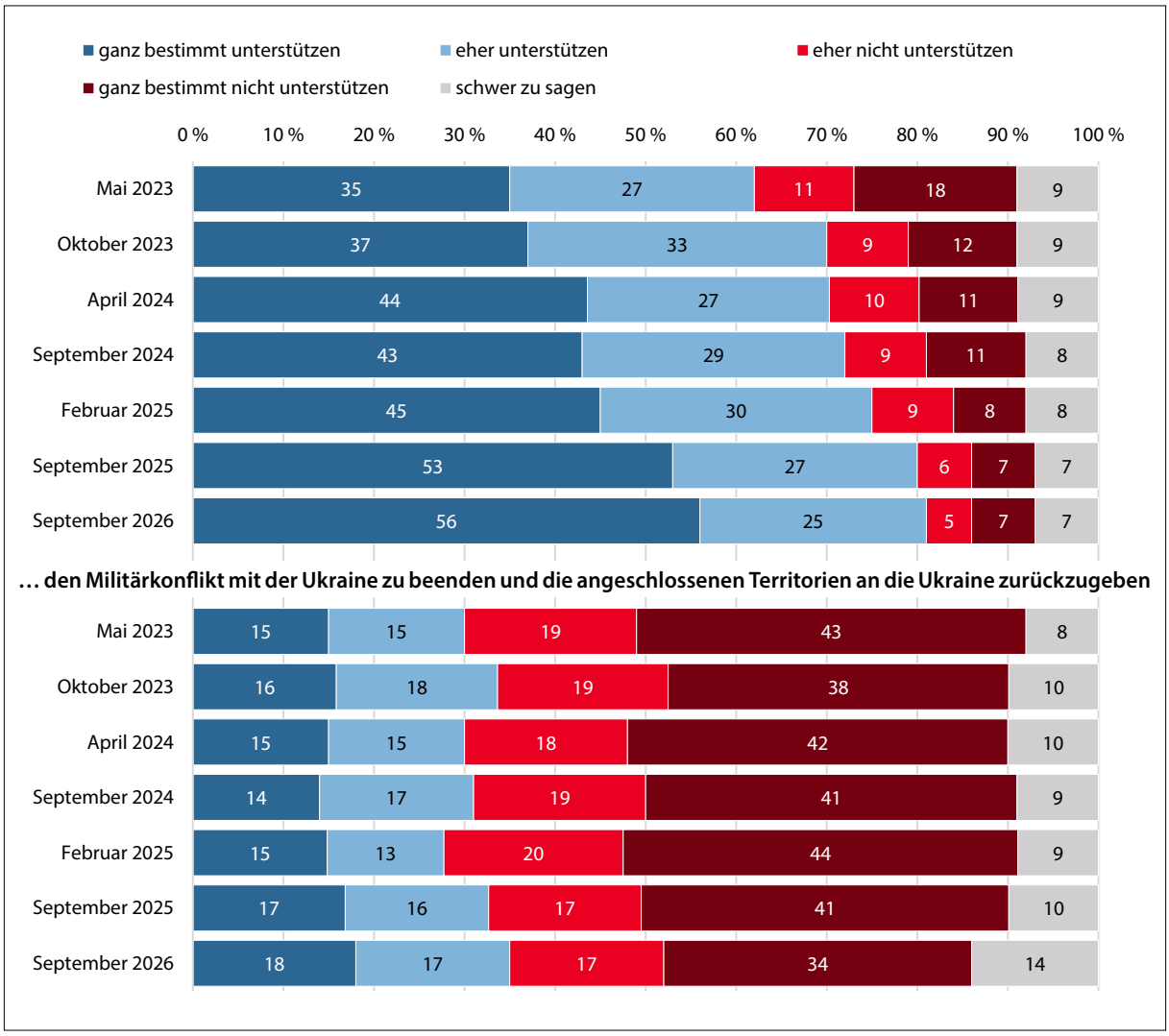
Grafik 1: In welchem Ausmaß verdienen, Ihrer Meinung nach, Vertrauen: (in % der Befragten)



Repräsentative Umfrage des Lewada Zentrums »Dowerie gosudarstwennym i obschtschestwennym institutam: sentjabr 2026« [Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen] unter 1.616 Befragten vom 23. bis 30.09.2026, veröffentlicht am 20.10.2026 online unter: https://www.levada.ru/2026/10/20/doverie-gosudarstvennym-i-obshhestvennym-institutam-sentyabr-2026/.

Einstellung zur Beendigung des Krieges gegen die Ukraine

Grafik 1: **Wenn Präsident Putin sich diese Woche entscheiden würde:**
… den Militärkonflikt mit der Ukraine zu beenden, würden Sie diese Entscheidung unterstützen oder nicht?
(In % der Befragten)



Repräsentative Umfrage des Lewada Zentrums »Konflikt s Ukrainoj w sentjabre 2026 goda: Wnimanie, poddershka, otnoschenie k peregoworam, uslowija sawerschenija konflikta« [Der Konflikt mit der Ukraine im September 2026: Aufmerksamkeit, Unterstützung, Einstellung zu Verhandlungen, Bedingungen für eine Beendigung des Konfliktes] unter 1616 Befragten vom 23. bis 30.09.2026, veröffentlicht am 06.10.2026 online unter: https://www.levada.ru/2026/10/06/konflikt-s-ukrainoj-v-sentyabre-2026-goda-vnimanie-podderzhka-otnoshenie-k-peregovoram-usloviyam-zaversheniya-konflikta/.

DOKUMENTATION

Unabhängige Internationale Untersuchungskommission der Vereinten Nationen zur Ukraine: Ermittler stellen fest, dass Russland Kriegsverbrechen begangen hat, indem es Zivilisten ins Visier genommen hat

Führende Menschenrechtsexperten, die Russlands großangelegte Invasion in der Ukraine untersuchen, erklärten am Montag (https://www.ohchr.org/en/press-releases/2026/10/russian-authorities-committed-crimes-against-humanity-through-attacks?sub-site=HRC), dass die russischen Behörden durch Angriffe auf Zivilisten und lebenswichtige Energieinfrastruktur sowie durch weitere Verstöße gegen das Völkerrecht Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begangen hätten.

In ihrem jüngsten Bericht (https://www.ohchr.org/en/hr-bodies/hrc/iicihr-ukraine/reports/report-independent-international-commission-inquiry-ukraine-un-general-assembly-a81440) stellte die Unabhängige Internationale Untersuchungskommission zur Ukraine fest, dass sich die Angriffe auf Kraftwerke in der gesamten Ukraine, wo die Temperaturen im vergangenen Winter auf –21 °C gefallen waren, »erneut« verstärkt hätten.

»Das Beängstigendste war, einzuschlafen und nicht mehr aufzuwachen; es war wie Folter, Angst davor zu haben, vor Kälte zu sterben«, sagte ein 53-jähriger Mann, der in dem Bericht zitiert wurde, der erneut die schwerwiegenden negativen Auswirkungen des Krieges auch auf ältere Menschen hervorhob.

»Ich lag frierend und hungrig da, ohne Medikamente, ohne irgendetwas«, sagte eine 74-jährige Frau aus Kyjiw, die wie viele Senioren keine Treppen steigen kann und zu viel Angst hat, Aufzüge zu benutzen, sodass es ihr unmöglich ist, bei Luftalarm einen sicheren Ort zu erreichen.

Kälte und Isolation

»Das bedeutet, dass sie in ungeheizten Wohnungen ohne Strom und Wasser ausharren müssen, ohne Zugang zu lebenserhaltenden Geräten oder grundlegenden Versorgungsleistungen«, betonten die Autoren des Berichts.

Die russischen Befehlshaber, die die Angriffe anordneten, wussten sehr wohl, dass die von ihnen ins Visier genommenen Heizungsanlagen »für die Zivilbevölkerung unverzichtbar waren, insbesondere im Winter«, heißt es in dem Bericht.

»Russische Behörden haben offizielle Erklärungen zu weiteren Angriffen abgegeben und auf einen Plan zu deren Durchführung verwiesen. **Die unabhängigen Ermittler kamen zu dem Schluss, dass sie Kriegsverbrechen begangen haben, indem sie absichtlich Angriffe gegen zivile Objekte richteten**.«

Die Kommission wurde im März 2022 vom UN-Menschenrechtsrat eingesetzt, kurz nachdem russische Truppen in ukrainisches Gebiet eingedrungen waren.

Für ihren jüngsten Bericht stützte sich das dreiköpfige Gremium auf die Aussagen von 255 Personen, die den Winter unter entsetzlichen Bedingungen in den Oblasten Dnipro, Kiew, Charkiw, Cherson, Mykolajiw, Odessa, Poltawa, Saporischschja und Schytomyr überstanden hatten, sowie auf Angaben ukrainischer Behörden, Ärzte und Nichtregierungsorganisationen.

Die Kommission **untersuchte zudem Angriffe der ukrainischen Streitkräfte auf Energieinfrastruktur in Russland** und in den besetzten Gebieten der Ukraine. Die Ermittler des Gremiums – Erik Mose, Pablo de Greiff und Vrinda Grover – konnten jedoch die Auswirkungen dieser Angriffe in Russland nicht untersuchen, da die Behörden **keinen Zugang gewährten und auf Auskunftsersuchen nicht reagierten**.

Durch Menschenhandel verschleppte Rekruten

Die Kommission führte zudem **»überzeugende Beweise« dafür an, dass die russischen Behörden Männer, die aus 29 Ländern verschleppt worden waren, unter Verstoß gegen das internationale Menschenrechtsrecht in die Streitkräfte rekrutierten**.

Die neuen Rekruten wurden an der Front in der Ukraine eingesetzt »und mit gefährlichen Aufgaben betraut. **Viele wurden getötet oder gelten als vermisst, andere haben sich ergeben oder wurden von den ukrainischen Streitkräften gefangen genommen** und erhielten dadurch den Status von Kriegsgefangenen«, heißt es in dem Bericht.

Er hebt hervor, wie der Menschenhandel unter Einsatz von »Täuschung und Zwang« in Abstimmung mit in verschiedenen Ländern operierenden Agenten ablief; und wie die Männer kurz nach ihrer Ankunft gezwungen wurden, Verträge mit dem Verteidigungsministerium auf Russisch zu unterzeichnen.

Ein Leben abgezeichnet

Der Bericht gibt die Aussage einer 35-jährigen Frau wieder, der Ehefrau eines Mannes, der aus der Karibik rekrutiert wurde. Sie sagte: »Sie nahmen seinen Reisepass und sagten ihm einfach, er solle hier, hier und hier auf dem Vertrag unterschreiben. Der Vertrag war nur auf Russisch. Er stand unter enormem Druck und hatte keine Wahl.«

Der Bericht fordert, dass alle Opfer von Menschenhandel aus den russischen Streitkräften entlassen werden.

Untersuchungsmandat

Die Unabhängige Internationale Untersuchungskommission der Vereinten Nationen zur Ukraine (https://www.ohchr.org/en/hr-bodies/hrc/iicihr-ukraine/index) ist ein unabhängiges Gremium, das vom UN-Menschenrechtsrat beauftragt wurde, alle mutmaßlichen Verletzungen und Verstöße gegen die Menschenrechte sowie Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht und damit zusammenhängende Verbrechen im Zusammenhang mit der Aggression der Russischen Föderation gegen die Ukraine zu untersuchen. Die Mitglieder der Kommission sind weder UN-Mitarbeiter noch werden sie für ihre Arbeit bezahlt.

Übersetzung: Russland-Analysen

Quelle: United Nations: "Ukraine: Investigators find Russia committed war crimes by targeting civilians", 26.10.2026, UN News. Global perspective Human stories, online: https://news.un.org/en/story/2026/10/1168670.

CHRONIK

Hinweis auf die Online-Chronik

Der aktuelle Teil sowie die gesamte Chronik seit 2003 zu Russland befinden sich auf der Seite der Russland-Analysen (http://www.laender-analysen.de/russland/) unter dem Reiter »Chronik« oder direkt unter diesem Link https://laender-analysen.de/russland-analysen/chronik?c=russland&i=1.

Sie wird regelmäßig um neue Einträge ergänzt und möglichst aktuell gehalten. Zusätzlich gibt es eine Kurzchronik für die Sowjetunion ab 1964 bzw. Russland ab 1992. Treuen Leser:innen der Chronik und allen Interessierten empfehlen wir sowohl von den Filterfunktionen unserer Webseite als auch dem reichen Angebot der Chroniken der Länder Ukraine, Belarus und oder Polen Gebrauch zu machen, um z. B. Ereignisse wie den Krieg gegen die Ukraine besser verfolgen zu können. Aktuell ist die Suche innerhalb der Chronik leider nur mit buchstabengenauen Stichworten möglich. Daher bitten wir alle Nutzer:innen auf die Schreibweise zu achten und ggf. mehrere Stichworte bei der Suche zu prüfen. Die Chronik wird zeitnah erstellt und basiert ausschließlich auf im Internet frei zugänglichen Quellen. Die Redaktion der Russland-Analysen kann keine Gewähr für die Richtigkeit der Angaben übernehmen.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Herausgeber:
Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.
Deutsches Polen-Institut
Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung
Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien (ZOiS) gGmbH

Redaktion:
Anastasia Stoll (verantwortlich)
Alena Schwarz (Chronik)
Satz: Matthias Neumann

Wissenschaftlicher Beirat:
Dr. Sabine Fischer, Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
PD Dr. habil. Linde Götz, Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien
Prof. Dr. Jeronim Perović, Universität Zürich

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.
Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.
Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de
Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.
ISSN 1613-3390 © 2026 by Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen
Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607
e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: http://www.laender-analysen.de/russland/

LÄNDER–ANALYSEN

Belarus–Analysen | Polen–Analysen | Russland–Analysen | Ukraine–Analysen | Zentralasien–Analysen

Kostenlose E-Mail-Dienste: Länder-Analysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa, Osteuropa und Zentralasien. Alle Länder-Analysen verstehen sich als Teil eines gemeinsamen Projektes, das der wissenschaftlich fundierten, allgemeinverständlich formulierten Analyse der Entwicklungen im östlichen Europa, der Offenheit für verschiedene inhaltliche Positionen und der kostenlosen und nicht-kommerziellen Information einer breit verstandenen interessierten Öffentlichkeit verpflichtet ist. Autor/innen sind internationale Fachwissenschaftler/innen und Expert/innen. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftler/innen mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

In deutscher Sprache zu Belarus, Polen, Russland, Ukraine und Zentralasien

Kostenloses Abonnement unter: https://laender-analysen.de/abonnement/

In englischer Sprache zu Belarus, dem Kaukasus, Moldova, Russland, Ukraine und Zentralasien

Kostenloses Abonnement unter:
https://css.ethz.ch/en/publications/eastern-europe-analytical-digest-series.html

DGO Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V. | Deutsches Polen Institut | Forschungsstelle Osteuropa | IAMO Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien | IOS Leibniz-Institut für Ost- und Südosteuropaforschung | ZOiS Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien

CSS ETH Zurich | University of Zurich CEES Center for Eastern European Studies | Institute for European, Russian, and Eurasian Studies The George Washington University | UNI FR Université de Fribourg Universität Freiburg